

---

**2646/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 04.09.2009**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Wissenschaft und Forschung

## **Anfragebeantwortung**



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

BMWF-10.000/0242-Pers./Org.e/2009

Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Wien, 3. September 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2747/J-NR/2009 betreffend Einsparungspläne bei den Bundesbediensteten auf Kosten der Frauen, die die Abgeordneten Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen am 10. Juli 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Mit Stichtag 1. Juli 2009 gab es im Ressort (mit Ausnahme der ausgegliederten Einrichtungen) 476 weibliche und 377 männliche Bedienstete. Gerechnet in vollzeitäquivalenten Stellen ergab dies bei weiblichen Bediensteten 369,80 VBÄ und bei männlichen Bediensteten 413,28 VBÄ

Zu Fragen 3 und 4:

Zum angefragten Stichtag hatten 67 weibliche und 19 männliche Bedienstete einen befristeten Vertrag; im Rahmen einer Karenzvertretung waren dies 25 weibliche und 9 männliche.

Zu Frage 5:

In 13 Fällen gibt es keine Karenzvertretung für Bedienstete, die sich derzeit auf Mutterschutz oder Karenz befinden.

Zu Fragen 6 und 7:

Nein.

Zu Frage 8:

Entsprechend der Aufnahmepolitik der Bundesregierung wird nur jede zweite solche Stelle nachbesetzt.

Zu Fragen 9 und 10:

Die Bundesregierung hat am 16. Dezember 2008 einen Aufnahmestopp mit einigen begründeten Ausnahmen bis Inkrafttreten des Personalplans 2009 vereinbart. Ausgenommen vom Aufnahmestopp waren Aufnahmen, für die das Verfahren bereits abgeschlossen war. Damit wurde eine vorausschauende Ressourcenplanung im ersten Halbjahr 2009 sichergestellt.

Auf Grund dieses Beschlusses erfolgte in der Zentralleitung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung mit Ausnahme der oben angeführten Aufnahmen, für die das Verfahren bereits abgeschlossen war, keine Nachbesetzung.

Der Bundesminister:  
Dr. Johannes Hahn e.h.